

Vortrag von Matthias W. Birkwald, MdB (DIE LINKE.)

**„Die Zukunft des Sozialstaats“**

Referat auf dem Programmtag der LINKEN

am 18. Juni 2011 in Brühl

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen auf dieser Veranstaltung und hier in der Arbeitsgruppe 1 zur Zukunft des Sozialstaates.

Heute bietet sich eine gute Gelegenheit, über unser neues Parteiprogramm zu diskutieren und ich bin sicher, wir werden die ein oder andere interessante Debatte dazu haben.

Erst einmal ein paar einleitende Worte zu meinem heutigen Thema, der „Zukunft des Sozialstaats“. Wie einige von Euch wissen, bin ich Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales. In diesem Ausschuss gibt es – wie in allen Ausschüssen – eine schwarz-gelbe Mehrheit. Wenn man dort das Thema **„Zukunft des Sozialstaats“** anspricht, dann herrscht meistens eher Sprachlosigkeit. Und die hat ihren Grund. Natürlich würde dort und in den anderen Ausschüssen niemand sagen: „Die Konzepte Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung und so weiter, das sind Ideen von gestern. Soziale Sicherheit ist Privatsache, jeder muss sehen, wo er bleibt.“

Sagen würde so was da wie gesagt niemand, naja, sagen wir, fast niemand.

Aber die Politik, die von der Mehrheit der Abgeordneten gemacht wird, lässt eigentlich kaum einen anderen Schluss zu. Es geht immer um Sozialkürzungen, die dann zwar alle bedauern, aber die als unvermeidlich dargestellt werden. Die Mehrheit der Abgeordneten sagt hingegen nicht, wohin immer drastischere Sozialkürzungen führen: In einer Gesellschaft ohne Solidarität nämlich, in der diejenigen, die arbeiten und gut verdienen, Geld zurück legen und sich dadurch absichern können. Und in der diejenigen, die arbeitslos, krank, älter oder gar pflegebedürftig sind genauso wie jene, die im Niedriglohnsektor erwerbstätig sind, also heute arbeitende Arme und morgen arbeitende Alte sind, das Nachsehen haben.

Viele Menschen haben schon kein Vertrauen mehr in diesen Sozialstaat, entweder, weil sie selbst schon erfahren haben, dass die sozialen Sicherungssysteme sie nicht mehr angemessen schützen, weil sie Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit gemacht haben. Und weil sie erfahren haben, dass ihr einmal erreichter Lebensstandard radikal verworfen wurde, wie es in der Rente 2001 und mit Hartz IV 2005 geschehen ist.

Oder weil sie sich davor fürchten, dass es sie oder ihre

Angehörigen treffen könnte.

Deshalb stellen sich viele Leute - wenn wir ehrlich sind - wir alle, bestimmte Fragen: Wie bin ich abgesichert im Falle von Arbeitslosigkeit oder Krankheit? Kann ich meinen Lebensabend, wenn ich nicht mehr arbeite, würdig und ohne Altersarmut verbringen? Was passiert, wenn ich selbst oder einer meiner Angehörigen zum Pflegefall wird? Wird es immer schlimmer werden mit Zuzahlungen für Medikamente? Was ist, wenn ich nichts privat für die Rente zurück legen kann? Was ist, wenn mein befristeter Job nicht verlängert wird und wenn ich dann keinen mehr finde? Usw. usw.

Ich halte das für einen der Dreh- und Angelpunkte unserer Programmdiskussion: Glaubwürdige Antworten auf diese Fragen zu finden, die die Leute überzeugen.

Wir müssen in dieser Gesellschaft erklären, wie wir es hinbekommen wollen, dass **alle gleichermaßen** in sozialer Sicherheit leben können, dass sie – selbst wenn ihnen das Geld ausgeht – nicht unter das menschenwürdige Existenzminimum fallen. Mit anderen Worten: Unsere Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft.

So eine solidarische Gesellschaft ist ein ganz zentraler

Bestandteil von dem, was wir im Programm Demokratischen Sozialismus nennen.

Ich werde jetzt in zwei Schritten vorgehen: Zunächst möchte ich in einem Überblick darauf eingehen, was im jetzt aktuellen Programmentwurf zu solchen Fragen des Sozialstaats gesagt wird. Danach werde ich kurz auf ein paar Dinge eingehen, die ich persönlich für besonders wichtig halte.

### **Zunächst zum Programmentwurf:**

Die Frage, wie die Zukunft unseres Sozialstaats aussieht, hängt ganz wesentlich davon ab, wie unsere Arbeitswelt gestaltet ist. So stellt das Programm auch richtig fest, dass die Massenarbeitslosigkeit ein wichtiger Grund für die Unterfinanzierung der Sozialkassen ist (Rn. 125<sup>1</sup>).

Wie Ihr wisst bin ich Rentenpolitiker und für die LINKE Rentenpolitik gilt aus meiner Sicht ein doppelter Dreiklang:

### **Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“.**

Das ist der eine, denn DIE LINKE will, dass jede und jeder in Würde leben kann. Das muss für alle gelten – egal,

---

<sup>1</sup> Die Angaben der Randnummern beziehen sich auf den aktuellen Programmentwurf als Ergebnis der Beratungen des Parteivorstandes vom 21./22. Mai 2011 ([www.die-linke.de/programm/aktuellerdiskussionstand/](http://www.die-linke.de/programm/aktuellerdiskussionstand/))

- ob sie oder er *noch nicht* oder *gerade nicht* lohnarbeitend,
- *in Arbeit* ist, also einen Job hat,
- oder aufgrund ihres oder seines Alters, einer Krankheit oder Behinderung *nicht mehr* arbeiten kann oder muss.

Deshalb braucht DIE LINKE einen zweiten Dreiklang – nämlich:

**„Mindestlohn – Mindestsicherung – Mindestrente“.**

Ohne die Teilhabe möglichst vieler Menschen am Erwerbsleben sind soziale Sicherungssysteme allgemein in ihrer jetzigen Form nur sehr schwer finanzierbar. Deshalb müssen wir, wenn wir über die Sozialsysteme reden, auch immer über den **Arbeitsmarkt** reden. Und hier zeigt der Programmentwurf viele wichtige Antworten auf.

Besonders wichtig, nicht nur für die Finanzierung der Sozialsysteme, sondern auch unter dem Stichwort „Gute Arbeit“ ist dabei die Forderung, dass jede Erwerbstätigkeit sozialversichert sein muss (Rn. 103). Wenn reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und Minijobs ersetzt wird, dann entgehen nicht nur den Sozialkassen enorme Summen, die dazu führen, dass der soziale Standard für alle

sinkt.

Auch für die Menschen, die in solchen Beschäftigungsverhältnissen sind, bedeutet das die ständige Unsicherheit, nicht vernünftig abgesichert zu sein.

Gute Arbeit bedeutet aber natürlich noch mehr. „Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen“ ist ein Stichwort, das im Programm auftaucht (Rn. 106). Die technische Entwicklung hat es ermöglicht, dass inzwischen weniger Menschen, immer mehr erwirtschaften können. Die Konsequenz darf aber nicht sein, dass Millionen erwerbslos werden, sondern dass sich die Arbeitszeiten für alle verringern. Das wäre die richtige Konsequenz. Daher bleiben Arbeitszeitverkürzungen für uns auf der Agenda. Aber gute Arbeit bedeutet auch erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten im Betrieb und im Unternehmen (Rn. 107). Auch hierfür setzen wir uns ein.

Ebenso wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind auch gute Löhne. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe. (Rn. 104). Wenn beispielsweise Menschen in Vollzeit arbeiten, aber zu so geringen Löhnen, dass sie am Ende des Monats zum Jobcenter gehen müssen, um mit staatlichen Leistungen aufzustocken, dann ist

das unwürdig.

Das darf sich eine Gesellschaft nicht leisten, die auf sozialen Ausgleich bedacht ist!

Aber Niedriglöhne haben noch andere Konsequenzen. Wer unter 10 Euro pro Stunde verdient, hat auch später keine existenzsichernde Rente. Es ist beschämend, wenn man lange Jahre gearbeitet hat und einem dann am Lebensabend Altersarmut droht. Das muss eine Gesellschaft verhindern und ein wichtiger Bestandteil sind dabei faire Löhne während der Erwerbsphase.

Aber wir müssen auch andere Instrumente nutzen, den Niedriglohn zu bekämpfen. Tarifverträge müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten. Tarifflicht muss bekämpft werden. (Rn. 106). All dies sind Fronten, an denen es sich zu kämpfen lohnt, denn gute Löhne für alle, bedeuten auch soziale Sicherheit für alle.

Das ist überhaupt ein ganz wichtiger Zusammenhang, auf den wir immer hinweisen müssen: Wenn DIE LINKE sich gegen Niedriglöhne einsetzt und für höhere

Leistungen bei Hartz IV, dann sind das nicht nur Forderungen für Ärmere.

DIE LINKE setzt sich damit auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, also auch die, die einen Job haben und gut verdienen.

Denn Vollbeschäftigung und gute Löhne sind wichtig für ein starkes Sozialsystem von dem alle profitieren. Niedriglöhne schwächen die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen und das ist schlecht für alle Beschäftigten und für das Lohnniveau insgesamt. Faire Löhne bedeuten auch höhere Kaufkraft und stärkere Binnenkonjunktur und davon profitieren gerade Beschäftigte sowie Unternehmerinnen und Unternehmer im Bereich von kleinen und mittleren Unternehmen oder im Dienstleistungsbereich. [ILO-Schaubild Lohnentwicklung]

Ich will damit sagen: Unsere LINKE Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nützt nicht „nur“ Erwerbslosen und Beschäftigten im Niedriglohn, sondern allen Beschäftigten. Ich finde es sehr wichtig, das herauszustellen.

Wenn es um die Frage des Arbeitsmarktes geht, ist die öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung ein weiterer wichtiger Bereich. Ich weiß nicht, ob Ihr den Spruch kennt. Jede und Jeder, der oder die mal „Sabine

Christiansen“ oder jetzt „Anne Will“ gesehen hat, müsste ihn kennen. Er geht etwa so:

„Politik schafft keine Arbeitsplätze, Politik schafft nur die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze“ oder so ähnlich. Dieser Spruch ist in seiner Platttheit falsch“!

Tatsächlich ist der öffentliche Sektor – direkt und indirekt – Arbeitgeber von Millionen von Menschen. Und das wollen wir ausweiten.

Es gibt natürlich den öffentlichen Dienst selbst, in dem es in den vergangenen Jahren einen massiven Abbau gegeben hat. Aber es gibt auch – und das ist ebenfalls sehr wichtig – öffentlich geförderte Beschäftigung, insbesondere, was den sozialen Bereich angeht. Und dort gibt es riesigen Nachholbedarf.

Es gibt Bereiche in unserer Gesellschaft, da wird notwendige Arbeit nicht erledigt, weil sich mit ihr kein Geld verdienen lässt. Dazu gehört zum Beispiel der Bereich der Pflege, der immer von staatlichen Geldern abhängt, oder alles, was mit Sozialarbeit, Umweltarbeit, Jugendarbeit zu tun hat; und natürlich der ganze Bildungsbereich. All dies sind Bereiche, wo Personal dringend gebraucht wird und wo gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht erledigt wird; oder wenn sie erledigt wird, dann viel zu oft schlecht bezahlt wird. In

diese Bereiche wollen wir investieren (Rn. 110, 113). Und hier müssen tarifliche Arbeitsbedingungen gelten und Tariflöhne gezahlt werden.

Gerade in der Pflege zum Beispiel muss das unbedingt durchgesetzt werden.

Wichtig ist hier zum Beispiel auch das Stichwort **Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor**.

Wo wir mitregieren, also in Berlin und Brandenburg, da investieren wir in öffentlich geförderte Beschäftigung. Das ist gut für den Arbeitsmarkt, aber das ist auch gut für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der ÖBS ist aber insgesamt nur ein kleiner Baustein zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und so, wie wir ihn gerne hätten, ist er aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen leider noch längst nicht. -

Wenn wir jetzt über die Zukunft des Sozialstaats reden, dann müssen wir natürlich auch im engeren Sinne über unsere Sozialversicherungssysteme sprechen. Die Mehrheit im Bundestag geht immer nach dem Motto vor: Die Mittel im sozialen Bereich kürzen und dann fragen: Welche Leistungen der sozialen Sicherung können wir uns noch leisten? **Wir** wollen die Sache umdrehen und fragen: Welche Leistungen der sozialen

Sicherungssysteme brauchen wir? Und als zweiten Schritt: Wie kommen wir dann an das Geld, um das, was wir brauchen, auch zu finanzieren?

Fangen wir zum Beispiel einmal mit dem Gesundheitsbereich an. Das Gesundheitssystem in Deutschland ist noch immer sehr gut, aber es ist ungerecht finanziert. Unsere Antwort darauf ist die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die die allgemeine Kranken- und Pflegeversicherung umfasst (Rn. 126).

Wir haben in der Bundesrepublik die große Teilung in private und gesetzliche Krankenkassen. Die privaten Krankenkassen bieten bessere Leistungen, weil sie sich ihre Kunden, die meist besser verdienen, aussuchen können und die gesetzliche Krankenversicherung hat Finanzierungsprobleme. Das ist eines der großen Probleme in der deutschen Gesundheitspolitik. Wir sind dafür, dass **alle** in eine gemeinsame Bürgerversicherung einzahlen, damit **alle** die Versorgung bekommen, die medizinisch notwendig ist, und zwar unabhängig davon, ob der oder die Kranke eine volles oder ein nicht so volles Portemonnaie hat.

Zuzahlungen sind da ein wichtiges Stichwort. Wir waren zum Beispiel immer ohne Wenn und Aber gegen die

Praxisgebühr, weil wir finden, dass für die Gesundheitsversorgung entscheidend sein muss: Braucht der Patient oder die Patientin diese Behandlung oder nicht und kann der Patient oder die Patientin sich Gebühren und Zuzahlungen leisten? Ein einheitliches Gesundheitssystem hat auch viele andere Vorteile, auch im medizinischen Bereich. Hier gibt es einige Stichworte, wie integrierte Versorgung, poliklinische Strukturen mit angestellten Fachärzten, oder der Pharmabereich, wo man vernünftiger mit Ressourcen umgehen könnte (Rn 126). Ich bin selbst kein Experte für die Gesundheitspolitik, aber ich finde, dass das ein Feld ist, das wir besonders heraus stellen sollten. Wenn man sich mit den verschiedensten Leuten unterhält, auch mit Ärztinnen und Ärzten, dann stören diese Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem sehr viele Menschen. Ich habe auch den Eindruck, dass die Akzeptanz für die Idee eines einheitlicheren Gesundheitssystems sehr viel größer geworden ist. Ich finde, hier gibt es eine echte Chance, etwas von links zu verändern. (Pause)

Nun zu einem Bereich, der mir selbst besonders wichtig ist, wenn es um die sozialen Sicherungssysteme geht.

Ich hatte oben schon von einem rentenpolitischen Dreiklang gesprochen: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente. Für die sozialen Sicherungssysteme wird ein doppelter Dreiklang daraus, nämlich auch Mindestlohn, Mindestsicherung, Mindestrente.

Alle drei Dinge liegen mir besonders am Herzen. Als in den 90er Jahren auf der politischen Linken noch niemand etwas von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wissen wollte, am wenigsten die Gewerkschaften, da habe ich schon in der PDS zu denjenigen gehört, die das mitentwickelt und befürwortet haben.

Ich bin der Meinung, dass der Staat Mindestbedingungen setzen muss, um Ausbeutung zu verhindern. Heute sind viel mehr Menschen und Institutionen für den gesetzlichen Mindestlohn, zuerst DIE LINKE und inzwischen auch die Gewerkschaften und SPD und Grüne auch, aber wohlgemerkt: erst seit sie in der Opposition sind.

Es gibt tariflich vereinbarte Löhne von unter 5 Euro in der Stunde, das ist eine völlig unwürdige Bezahlung, ich habe das vorhin schon erwähnt. Aber der Mindestlohn ist eben auch wichtig für die Sozialsysteme. Dadurch, dass die Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten,

am Ende des Monats aufstockende Leistungen erhalten, subventioniert der Staat diesen Niedriglohnbereich. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die behaupten, ihre Leistung nur dann erbringen zu können, wenn sie Hungerlöhne zahlen.

Aber das ist falsch.

Oft hört man, der Mindestlohn gefährde Arbeitsplätze. Das stimmt ganz und gar nicht. Denn, da ja alle in Deutschland den Mindestlohn zahlen müssten, kann man an einem bestimmten Punkt seine Konkurrenten und Konkurentinnen nicht mehr unterbieten. Da für alle die gleichen Regeln gelten, wird es nur minimale Verdrängungseffekte geben.

Ich will einräumen: Vielleicht gibt es Extremfälle; Firmen, die mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde nicht mehr existieren könnten. Für die muss es dann Sonderregelungen geben. Aber erstens sind das nur ganz wenige und zweitens halte ich es da persönlich ausnahmsweise einmal mit dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Mindestlohn in den USA eingeführt hat. Der hat damals gesagt:

**„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon ab hängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in die sem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Ge schäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausrei chenden Lohn meine ich mehr als das bloße Exis tenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständi ges Leben ermöglichen.«** [Roosevelt 1933, zitiert nach ver.di]

Das sehe ich genauso. Irgendwo muss es eine Grenze geben, zu welchen Arbeitsbedingungen noch gewirt schaftet werden darf, darüber müssen wir in dieser Ge sellschaft diskutieren und schließlich klare Regeln schaffen.

Der zweite wichtige Bereich ist die **soziale Mindestsicherung**.

In NRW habe ich, noch bevor ich in den Bundestag gewählt worden bin, in einer Arbeitsgruppe mitgearbeitet, die ein Konzept für Leistungen im Falle von Erwerbslosigkeit entwickelt hat; unsere Alternative zu Hartz IV. Daher kommt auch der Name **Mindestsicherung**, der in der Bundestagsfraktion inzwischen auch benutzt wird.

Ganz entscheidend ist, dass die Mindestsicherung bedarfsdeckend sein muss. Es darf nicht sein, dass die

Regelsätze so niedrig sind, dass davon niemand leben kann. Und darum kämpfen wir für eine Regelsatzhöhe von mindestens 500 Euro.

Fast noch wichtiger als die konkrete Höhe ist aber die Frage, wie die Mindestsicherung ausgestaltet sein soll. Wir wollen, dass diese auch repressionsfrei ist. Dazu gehört die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen (Rn. 128).

Wir müssen einen Konsens in der Gesellschaft finden: Wer erwerbslos wird, erhält die soziale Mindestsicherung, egal ob er noch eine Partnerin oder einen Partner hat, der noch etwas verdient. Wer erwerbslos wird, erhält die Mindestsicherung ohne an allen möglichen Stellen schikaniert zu werden.

Wir alle kennen die Geschichten von Menschen, die sinnlose Bewerbungen schreiben müssen oder die in Ein-Euro-Jobs gezwungen werden.

Diese Sanktionen sind es, die nicht nur für die Erwerbslosen so entwürdigend sind, sondern die sich auch auf den Arbeitsmarkt auswirken. Das gilt besonders für Ein-Euro-Jobs, die zu einem enormen Anwachsen des Niedriglohnsektors geführt haben. Wer

Angst hat, im Falle der Arbeitslosigkeit sofort in Armut abzurutschen, akzeptiert auch noch das schlechteste Jobangebot und den niedrigsten Lohn. Diesen Mechanismus müssen wir durchbrechen. Darum ist Repressionsfreiheit hier das entscheidende Stichwort.

Es gibt einige in unserer Partei, die vertreten ein Konzept des Bedingungsloses Grundeinkommens. Dieses Konzept wirkt auf viele sympathisch, weil es auch sehr ernst macht mit der Repressionsfreiheit.

Nach dieser Idee bekommt jeder, egal ob mit oder ohne Job, ein monatliches Grundeinkommen. Die Entscheidung, ob man einer Erwerbsarbeit nachgehen will, stünde einem dann frei.

Es hat vieles für sich, über so etwas nachzudenken. Ich sage aber auch offen: Für mich ist das Bedingungslose Grundeinkommen kein guter Weg, weil es zu viele negative Effekte hat. Der neue Programmentwurf benennt, dass es hierüber eine Diskussion in der Partei gibt. Er benennt das als offene Frage, und das ist sie ja auch. Und ich bin sehr dafür über das Für und Wider einer bedarfsgeprüften Mindestsicherung und eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu diskutieren.

Aber schließlich zum dritten Stichwort **Mindestrente**:

1. Niemand soll – ob nun aus gesundheitlichen Gründen oder weil das reguläre Rentenalter nicht erreicht werden konnte – hinter den Lebensstandard zurückfallen, den sie oder er während der Berufsphase erreicht hat.
2. Niemand soll aus der solidarischen Alterssicherung ausgeschlossen werden und niemand soll sich ihr entziehen dürfen. Wir wollen, dass künftig jede und jeder Erwerbstätige in eine gesetzliche Rentenversicherung einahlt – wir nennen sie „Solidarische Erwerbstätigenversicherung“ und
3. Niemand soll im Alter von weniger als 900 Euro leben müssen. Die gesetzliche Rente muss einen Mindeststandard für alle Versicherten sichern. Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Auch hier brauchen wir einen Mindeststandard.

Deshalb schlagen wir vor, dass wir LINKEN für eine an rentenrechtliche Zeiten gekoppelte, einkommens- und vermögensgeprüfte **Mindestrente** im Rahmen einer solidarischen Erwerbstätigen-versicherung streiten – wie auch im Programmentwurf der Partei DIE LINKE vom 22.05.2011 auf S. 18 vorgesehen.

Und nun gibt es eine Diskussion, die mir sehr am Herzen liegt. Ich habe davon gesprochen, dass wir mehr für den Arbeitsmarkt tun müssen, dass wir den Mindestlohn brauchen und andere Instrumente, um die Löhne zu steigern. Denn klar ist: Höhere Löhne im Erwerbsleben und weniger Erwerbspausen durch Arbeitslosigkeit bedeuten eine höhere Rente im Alter. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass das in vielen Fällen nicht mehr ausreicht.

Selbst in den Fällen, in denen Erwerbstätige ihr gesamtes Erwerbsleben arbeiten, und zwar zu dem Mindestlohn von 10 Euro, den wir ja fordern; selbst dann reicht es im Alter nicht für eine vernünftige Rente. Und deshalb halte ich es für richtig, und da gab es einige Kämpfe auszufechten, dass wir sagen: Es gibt eine **solidarische Mindestrente**.

Dabei geht es um ein monatliches Einkommen im Alter, das deutlich über der Mindestsicherung liegt und das ein Leben in Würde ermöglicht. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass die Mindestrente im neuen Programmentwurf auftaucht, und jetzt steht sie auch drin.

Eine solidarische Mindestrente soll sich zum einen aus den eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen

speisen, und zum anderen aus Steuermitteln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb der Armutsgrenze führen würde (Rn 127). Also wir müssen dann auch so ehrlich sein und sagen: Wir wollen die solidarische Mindestrente *auch zum Teil* aus Steuermitteln finanzieren. Die Diskussionen in der LINKEN sind deshalb oft so heftig, weil viele sagen: Steuermittel haben in den sozialen Sicherungs-systemen nichts zu suchen. Das ist eine sehr komplizierte Debatte, die leider auch, ich sage das mal so offen, viel mit Prinzipienreiterei zu tun hat. Denn auch jetzt wird das Rentensystem schon steuerlich subventioniert, man denke nur an die rot-grüne Ökosteuer und an die 80 Milliarden Bundeszuschüsse. Ich finde, wir müssen konsequent etwas gegen die Altersarmut tun und zur Kenntnis nehmen, dass wir die Rente nicht mehr allein nur aus Arbeitseinkommen finanzieren können, wenngleich ich es für richtig halte, dies so weit wie irgendwie möglich auszureizen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte nochmal auf den Anfang zurück kommen. Wenn es um die Zukunft des Sozialstaats geht, dann ist

es unsere Aufgabe, Fragen zu beantworten, die die Menschen an uns stellen.

Die soziale Gerechtigkeit ist unser Markenkern und die Sozialsysteme haben da einen wichtigen Platz.

Ich glaube, dass vieles, was im Programmentwurf hierzu gesagt wird, glaubwürdige Antworten auf diese Fragen gibt.

Wir müssen immer über Formulierungen streiten.

Das ist wichtig und hat nichts mit Wortklaubereien zu tun, aber im Vordergrund müssen immer die Inhalte stehen.

Zu diesen Debatten haben wir jetzt gemeinsam Gelegenheit.

Ich danke Euch herzlich für Eure Aufmerksamkeit.